



## **ASIEN/HEILIGES LAND - „Justitia et Pax“ - Kommission bittet Obama um Augenmerk für die Achtung des internationalen Rechts und die Bekämpfung illegaler Politiken**

Jerusalem (Fidesdienst) – Anlässlich des Besuchs von Barack Obama im Nahen Osten, der am heutigen 20. März mit dessen Ankunft in Israel beginnt, bittet die Justitia-et-Pax-Kommission der Versammlung der katholischen Bischöfe im Heiligen Land in einem Schreiben an den US-amerikanischen Präsidenten um besonderes Augenmerk für die Probleme, unter denen insbesondere die Christen in der Region leiden.

„Das palästinensische Volk“, heißt es in dem vom Sekretär der Kommission, Yusef Daher, unterzeichneten Schreiben, das dem Fidesdienst vorliegt, „lebt seit 46 Jahren in einem besetzten Gebiet. Und die Christen in Palästina leben dort unter denselben Bedingungen wie das ganze Volk der Palästinenser.“

Insbesondere wird in dem Schreiben an die „Verstöße gegen internationales Recht seitens der israelischen Behörden“ erinnert: im einzelnen werden die Ausdehnung illegaler Siedlungen, der eingeschränkte Zugang zu den heiligen Städten der Christen um Muslime, die Beschlagnahme von Landbesitz palästinensischer Bürger im Rahmen der Siedlungspolitik und zum Bau des Trennwalls erwähnt. Das Schreiben der Justitia-et-Pax-Kommission erinnert auch an die Episode des Cremisan-Tals, über die unterdessen vor Gericht verhandelt wird, nachdem christliche Familien und religiöse Orden, auf deren Grundstück die Trennmauer gebaut werden sollte, Berufung gegen die Beschlagnahme ihres Grundbesitzes eingelegt hatten.

In ihrem Schreiben an Obama erinnert die Kommission auch an „versteckte Diskriminierung“ gegen arabische Bürger in Israel: lange Prozeduren bei der Familienzusammenführung, Schwierigkeiten bei der Anmeldung von Kindern, Probleme bei der Wohnungs- und Arbeitssuche. In dem Schreiben an den US-amerikanischen Präsidenten wird auch erwähnt, dass „Christen im Heiligen Land im Bereich der Erziehung und der Gesundheitsversorgung eine wichtige Rolle spielen“. Das Schwinden christlicher Gemeinden in der Region wird nach Ansicht der Kommission der katholischen Bischöfe „katastrophale Folgen insbesondere im Hinblick auf die Verbreitung radikaler Gruppen der beiden anderen Religionsgemeinschaften haben“.

Abschließend bittet die Kommission deshalb um die Förderung der Achtung des internationalen Rechts und die Bekämpfung aller illegaler politischen Maßnahmen, die die palästinensische Bevölkerung im Heiligen Land einschränken. „Dies“, so die bischöflich Justitia-et-Pax-Kommission, „wäre der beste Weg zum Schutz der Präsenz der Christen im Heiligen Land“. (GV) (Fidesdienst, 20/03/2013)